



Salvinis Italien: Abschottungspolitik auf Kosten von Menschen in Seenot

Tagebuch der Geschehnisse im zentralen Mittelmeer

Anfang Juni 2018 tritt die neue Regierung Italiens in einer Koalition aus Fünf-Sterne-Bewegung und der rechtsgerichteten Lega mit Matteo Salvini als Innenminister ihren Dienst an. Die Abschottungspolitik Italiens erfährt seitdem eine neue Dimension. Hier informieren wir über die aktuellen Ereignisse.

05. September 2018

Mittlerweile sind fast alle Seenotrettungs-NGOs aus dem zentralen Mittelmeer verschwunden. Das ist das Ergebnis einer erfolgreichen Kriminalisierung der NGOs: Die Schiffe Sea-Watch 3, Iuventa und Lifeline sind in Malta festgesetzt worden und andere Schiffe wie die Open Arms werden in Rettungsoperationen behindert, da sie Italien nicht mehr ansteuern können. Die Open Arms verschiebt ihren Einsatz auf das westliche Mittelmeer zwischen Marokko und Spanien, während die Aquarius der NGO SOS Méditerranée nach dem Flaggenentzug von Gibraltar nun dabei ist, die Registrierung der Flagge Panamas abzuschließen. Die [Aquarius plant Ende dieser Woche](#) wieder in das zentrale Mittelmeer zurück zu kehren. Das Problem, für die Geretteten einen sicheren Hafen in Europa zu finden, bleibt jedoch weiterhin bestehen. Außerdem gelingt es immer weniger Menschen aus Libyen zu fliehen, ohne von der libyschen Küstenwache abgefangen zu werden. So sinken die Zahlen der Ankünfte in Italien dramatisch, [während das Risiko für die Menschen auf See steigt](#).

Salvini reagiert darauf jedoch mit großer Freude. Er sei stolz die Ankünfte von Migrant*innen [auf einen historischen Tiefststand](#) reduziert zu haben. Doch seine Mittel bleiben zweifelhaft, wie die Anklage, unter anderem wegen Amtsmissbrauch, im letzten Fall der Diciotti zeigt. Auf rechtliche Verfahren gibt der Innenminister jedoch nicht viel: „Fünfzig Seiten Anklage gegen mich, fünf angeklagte Straftaten (Kidnapping!), 30 Jahre im Gefängnis als Höchststrafe. Glaubt ihr, ich habe Angst und ihr haltet mich davon ab? Nie.“, verkündet er.

Gleichzeitig bringt der Staatsanwalt Luigi Patronaggio die Ermittlungen gegen Salvini weiter voran und [bittet offiziell um Auskunft](#) über die Namen aller Migrant*innen. Laut Gesetz müssten die Betroffenen unverzüglich kontaktiert werden, damit sie ihre Aussagen an das Kollegium weitergeben oder um Gehör bitten könnten.

Die Anklage scheint Salvinis Image bisher aber nicht zu schaden. Sein versprochenes Ziel, die Migration zu stoppen, hält er unnachgiebig ein und imponiert damit seinen Anhänger*innen.

Unterdessen sickerte laut der Zeitung Corriere della Sera eine Diskussion innerhalb der Regierung durch, [wonach der Kommandant des Küstenwachschiffes Diciotti, Admiral Giovanni Pettorino](#), nach dem letzten Fall, bei der die Diciotti 10 Tage vor der Küste Siziliens und im Hafen von Catania warten musste, bis sie die von ihr Geretteten an Land bringen konnte, ersetzt werden könnte. Pettorino hielt sich zwar bis zum Ende an die Anordnungen, sagte aber auch, dass die Küstenwache eine [entschlosseneren Politik bei den Vorkehrungen](#) für die eigenen italienischen Schiffe erwarte. Damit hat er sich bei Salvini sicher nicht beliebt gemacht. Kritik an seiner Person

kann dieser nämlich nur schlecht ertragen.

27. August 2018

Untersuchung gegen Salvini eingeleitet – Geflüchtete endlich von Bord



Geflüchtete können die Diciotti endlich verlassen – große Demonstration im Hafen von Catania

Foto: Lillo Messina

Der lange Kampf mit Salvini um die Aufnahme der 137 Menschen an Bord der Diciotti nahm in der Nacht von Samstag zu Sonntag (26. August) ein Ende: Die Menschen durften nach 10 Tagen endlich das Schiff verlassen. Der standhafte Druck ziviler Proteste gegen die Politik der italienischen Regierung zwang Salvini erfolgreich dazu, die Blockade des Schiffs zu beenden. [Abgeordnete der sozialdemokratischen \(PD\) und linken Partei \(Leu\) berichteten](#) von der schrecklichen Situation der an Bord festgehaltenen Menschen und bestärkten dadurch die Proteste. Auch eine Anwältin von Borderline Sicilia teilte nach einem Gespräch mit einer Gruppe von Geflüchteten mit, die Menschen [würden von ihrem Recht auf Asyl Gebrauch machen wollen](#) und fragten außerdem nach psychologischer Unterstützung. Doch als die Personen nicht das Schiff dennoch nicht verlassen durften, rief das Antirassistische Netzwerk Catania zu einer Demonstration am Samstag auf, [woraufhin sich mehr als 3.000 Personen](#), von antirassistischen Gruppen und Gewerkschaften bis zu katholischen Vereinen und Pfadfindern, am Hafen versammelten. Die Protestierenden forderten die sofortige Freilassung der Migrant*innen, die Salvini quasi als Geiseln hielt, um die die Verteilung der Personen in Europa zu erpressen.



Demonstration in Catania am 25. August 2018

Foto: Forum Antirazzista Palermo

Mehr Informationen zu der Demonstration liefert der [Bericht eines Aktivisten des Arci Porco Rosso](#).

Doch wie bei jeder Ankunft wurden auch [wieder so genannte Schlepper verhaftet](#), die angeblich das Boot gefahren haben sollen. Wie immer sind die Anschuldigungen schwer: kriminelle Vereinigung zum Zwecke des Menschenhandels, Beihilfe zur illegalen Einreise, sexuelle Gewalt. Bleibt zu prüfen, ob es sich nicht, wie so oft, nur um Migrant*innen handelt, die [ebenso auf der Flucht waren wie alle anderen](#) auch.

Anklage gegen Salvini

Der Staatsanwalt von Agrigento, Luigi Petronaggio, war einige Tage nach Rom gereist, um Mitarbeiter*innen im Innenministerium anzuhören. Nach seiner Rückkehr hatte er entschieden: im Fall Diciotti wird nicht mehr gegen „Unbekannt“, [sondern gegen den italienischen Innenminister und den Kabinettsleiter ermittelt](#). Vorwurf: Entführung/Geiselnahme von Personen, Amtsmissbrauch, illegale Haft. Diese Vorwürfe stehen im Einklang mit den Aussagen und den Forderungen des Staatsbeauftragten für inhaftierte Personen Mauro Palma (siehe update vom 23.

August). Alle Unterlagen wurden an die Staatsanwaltschaft Palermo übermittelt, wo sie an das zuständige so genannte „Ministerialgericht“ gegeben werden. Das Ministerialgericht innerhalb des italienischen Rechtssystems ist eine spezialisierte Abteilung des ordentlichen Gerichts, die für Straftaten zuständig ist, die vom Präsidenten des Ministerrates und von Minister*innen in Ausübung ihres Amtes begangen werden (sog. Ministerialdelikte).

Die Meinung Petronaggios wird von vielen verschiedenen Gruppen getragen, die ebenfalls Beschwerden bei der Staatsanwaltschaft eingelegt haben, auch wenn die Medien davon nicht sprechen. Unter ihnen der [ARCI](#) (Associazione Ricreativa e Culturale Italiana - Italienischer Freizeit- und Kulturverein dient zur sozialen Förderung und hat auch eine nationale Untergruppe Migration sowie viele lokale Migrationsgruppen), [Borderline Sicilia und das Antirassistische Netzwerk Catania](#).

Salvinis Antwort ließ nicht lange auf sich warten: „Eine Schande. Sie können mich verhaften, aber sie werden die Veränderungen nicht aufhalten.“ Schließlich gab er grünes Licht und die verbliebenen 137 Geflüchteten konnten an Land gehen. Die Verantwortung für die Aufnahme möchte die italienische Regierung jedoch nicht übernehmen und so musste im letzten Moment die katholische Kirche einspringen, um die unerträgliche Situation zu beenden. Daraufhin lobte Salvini in einer Ansprache die italienische Kirche, die [die Türen, die Herzen und das Portemonnaie](#) geöffnet habe. Dabei scheint er zu vergessen, dass laut Gesetz italienische Institutionen notwendige Aufnahmeeinrichtungen für Migrant*innen bereitstellen müssen.

Die Geflüchteten wurden in den Hotspot von Messina gebracht, von wo aus sie dann verteilt werden sollen. Irland hatte angeboten, 20-25 Menschen aufzunehmen, was sicher auf den kürzlichen Besuch des Papstes auf der Insel zurückzuführen ist. Doch auch Albanien sagte die Aufnahme von 20 Personen zu (!). Salvini hingegen [lässt sich natürlich nicht bremsen](#) und behauptet, das Ganze sei eine ungeheuerliche Show, wo doch so viel Schlimmeres geschehe und das ganze Land (60 Mio. Einwohner*innen) stünden hinter ihm: „Sie können mich festnehmen, aber nicht den Willen von 60 Millionen Italiener*innen [brechen], sollen sie doch ermitteln gegen wen sie wollen. Wir haben bereits genug gegeben, es ist unglaublich, in einem Land zu leben, in dem vor zehn Tagen eine Brücke einstürzte, unter der 43 Menschen starben, wofür es keinen Verdächtigen gibt, und [stattdessen wird das Handeln] ein Minister untersucht, der die Sicherheit dieses Landes gewährleistet. Das ist eine Schande.“ Und lasset uns raten, was Salvini gern als erstes machen möchte? Richtig, die Justiz reformieren: „Dass sie gegen mich ermitteln, ist beschämend. Die Reform des Justizsystems ist das erste, was zu tun ist. Sie haben vier Millionen Prozesse laufen und ermitteln gegen mich.“ Bleibt abzuwarten, was nun passiert.

Inzwischen forderte Gianni Alemanno, ehemaliger Bürgermeister von Rom und Vorsitzender der rechtsgerichteten „Movimento nazionale per la sovranità“ (Nationale Souveränitätsbewegung) nun wiederum, dass [Staatsanwalt Petronaggio angeklagt werden müsse](#). „Als Sekretär der Nationalen Souveränitätsbewegung habe ich auch unserer Rechtsabteilung ein Mandat erteilt, die Möglichkeit einer Anklage gemäß Artikel 294 des Strafgesetzbuches gegen Petronaggio zu prüfen, welche die "Angriffe auf die politischen Rechte des Bürgers" sanktioniert. Wer mit Gewalt, Drohung oder Täuschung die Ausübung eines politischen Rechts ganz oder teilweise verhindert (...), wird in Anwendung der Artikel 48 und 49 der Verfassung mit Freiheitsstrafe von einem bis fünf Jahren bestraft". Das könne laut Alemanno im Fall Salvini so gedeutet werden.

Auch an Fake -News darf es nicht fehlen. So erschienen umgehend Artikel, in denen behauptet wurde, [Petronaggio würde jetzt mit der Demokratischen Partei](#) gegen Salvini gemeinsam Sache machen, daher rührten auch die Untersuchung gegen den Innenminister. Belegen würden dies Fotos eines Treffens mit Matteo Renzi, dem ehemaligen Premier, und seinem damaligen Justizminister Andrea Orlando. Nachforschungen zeigten nun, dass diese Fotos nicht jetzt, sondern bei einem formalen Treffen im Dezember 2017 entstanden waren und absolut nichts mit dem Fall der Diciotti zu tun haben.

Eine zweite falsche Nachricht ging ebenfalls durch die Social Media und versuchte, die unerträgliche Situation der Geretteten auf der Diciotti zu widerlegen und damit Salvini zuzuspielen. Dieser hatte sich, nachdem am 23. August die Nachricht herumging, die Migrant*innen seien in einen Hungerstreik getreten, auf Twitter mit einem großen Brötchen und dem Kommentar, sollen sie doch tun was sie wollen, ablichten lassen. Einen Tag später folgte dann die [Verbreitung eines Videos](#), dass Migrant*innen angeblich tanzend zum Song „WakaWaka“ von Shakira zeigte. Doch die Küstenwache widerlegte diese Fake-News umgehend: „Die 177 Migranten an Bord der Diciotti haben nie zu 'WakaWaka' getanzt.“ Die trockene Antwort kam von Kapitän Cosimo Nicastro, verantwortlich für die Außenbeziehungen der Küstenwache. "Das Video bezieht sich auf eine Mission 2017, ebenfalls an Bord der Diciotti.“

Aufnahme der Diciotti-Geflüchteten in Albanien?

[Laut Lorenzo Trucco vom Verein für juristische Studien zur Einwanderung](#) wurde im Fall Diciotti das Gesetz auf vielfache Hinsicht gebrochen. So auch in der Aussage Salvinis, das Angebot Albaniens zur Übernahme von 20 Geflüchteten anzunehmen. Doch Albanien ist kein EU-Staat, so Trucco, der erklärt: "Tirana ist nicht in der EU, die Überstellung von Einwanderern ohne deren Zustimmung wäre eine Zwangsumsiedlung". Im Fall Albanien handelte es sich um ein Land, das das europäische Asylsystem nicht übernommen hat. Somit wisse man auch nicht, ob die Betroffenen überhaupt einen Antrag auf internationalen Schutz stellen können, so Trucco. Zudem: Wie wolle man die Personen auswählen, die dorthin gebracht werden sollen? Mit welchen Kriterien? Absurd nennt er diese Wahl.

Die Aufnahme durch die Kirchen kommentierte er ebenfalls: "Die Geflüchteten befinden sich auf dem nationalen Territorium, sie können einen Antrag stellen und in das System des öffentlichen Schutzes aufgenommen werden, wie jedeR, der in Italien ankommt". Die private Hilfe der Kirche, wie sie auch in den Fällen der humanitären Korridore, die seit einiger Zeit aus Flüchtlingslagern im Libanon, Marokko und Äthiopien auf reine Kosten der Kirchen durchgeführt werden, kann hier nicht die Grundlage sein.

23.August 2018

Diciotti darf weiterhin Menschen nicht von Bord lassen – Proteste gehen weiter



Seit zwei vollen Tagen liegt das Küstenwachtschiff Diciotti im Hafen von Catania. Nachdem 27 [unbegleitete Minderjährige](#) in der Nacht zum 23.8. das Schiff endlich verlassen durften müssen die restlichen Geretteten samt Belegschaft und den Mitarbeiter*innen der Organisation Interos an Bord verbleiben. Salvini bleibt hart, sein erklärtes Ziel ist das australische Projekt „[no way](#)“. Dieser Plan sah vor, dass niemand legal per Schiff das Land erreichen könne und dass die ankommenden Boote entweder in die Abfahrthäfen geschleppt oder aber in weit

abgelegenen Inhaftierungszentren (hier die Weihnachtsinseln und Nauru) gebracht werden.

„[Mein Gewissen ist in Ordnung](#), ich fürchte nichts, ich arbeite bestens mit Premierminister Conte in perfektem Einklang zusammen.“ Er habe als Minister und Vater – per Facebook!!! - angeregt, die unbegleiteten Minderjährigen von Bord zu bringen, das geschah allerdings erst nach massiven Protesten von Kinderrechtsorganisationen. Nachdem sich schon Küstenwachadmiräle gegen Salvinis Blockade gestellt haben gehen die Protest auch in politischen Kreisen weiter: Der Präsident der regionalen Antimafiakommission [Claudio Fava fordert](#), dass sich Staatspräsident Mattarella endlich einmischen möge. Er sei der Oberbefehlshaber der Landes und müsse diese Art der Haft endlich beenden. Salvini handele gegen die Verfassung. Neben Claudio Fava stellt sich auch der Präsident des Abgeordnetenhauses [Roberto Fico gegen Salvini](#) und fordert die sofortige Freigabe der Anlandung. „Präsident des Abgeordnetenhauses bedeutet für mich sicherzustellen, dass die fundamentalen Prinzipien und die menschliche Würde niemals verweigert werden.“

Inzwischen [ermitteln drei Staatsanwaltschaften](#) (Palermo, Catania und Agrigento) gegen Unbekannt im Fall Diciotti. Wie immer reagiert Salvini per Twitter und Facebook und zieht es ins Lächerliche: „Ich, ich allein übernehme die politische, moralische und historische Verantwortung der Geschehnisse. Nicht gegen unbekannt, ermittelt gegen MICH! Ich will nicht, dass weitere Illegale in Italien an Land gehen. Wenn ich dann verhaftet werde, kommt ihr mich besuchen, meine Freunde?“ Salvinis Tweet ist auffällig wortgleich mit einer [Rede Mussolinis am 3. Februar 1925](#) vor dem Abgeordnetenhaus in Rom. Auch der [Präsident und der Vorsitz der Strafkammer „Serafino Famà“ aus Catania](#) stellt sich hinter den Staatsbeauftragten Maura Palma, der das Festhalten von Personen als illegale Haft deklarierte (siehe UDer pdate vom 22. August).



Doch es mangelt auch nicht an Protesten aus der Zivilbevölkerung. Seit Tagen versammeln sich Hunderte von Menschen zu „Sit Ins“ im Hafengelände. Ein Boot mit Anwält*innen, unter ihnen auch eine Anwältin unseres Schwesternvereins Borderline Sicilia, versuchte heute, die Diciotti zu erreichen, um mit den Migrant*innen zu sprechen. Doch ein Polizeiboot verbot ihnen die Weiterfahrt.

Heute Abend haben auch die Rechten der Casa Pound und der Forza Nuova zu Protesten am Hafen aufgerufen.

21. August 2018

Geschlossene Häfen auch für die Küstenwache – der dritte Fall der Diciotti

Ein neuer Fall der “geschlossenen Häfen” erregt dieser Tage Aufsehen. Die Diciotti, ein Schiff der italienischen Küstenwache, hatte in der Nacht vom 15. auf den 16. August 190 Geflüchtete unweit von Lampedusa gerettet. Doch das Boot war zuerst in der maltesischen Seenotrettungszone gesichtet worden. Malta weigerte sich, die Menschen zu retten, da das Boot angeblich nicht nach Malta gebracht werden wollte. Letztendlich rettete die italienische Küstenwache die Schiffbrüchigen. Die Geschichte wiederholt sich: wieder einmal entbrannte ein Streit zwischen Italien und Malta, wer die Menschen aufnehmen sollte. Doch wie Malta verwehrte auch Italien die Einfahrt in den Hafen von Lampedusa. Wenn, so der italienische Innenminister Salvini, Malta und andere europäische Staaten nicht bereit seien, die Geflüchteten aufzunehmen, [so müsse man sie eben nach Libyen zurückschicken](#) [sic!] – etwas, das rechtlich aufgrund des Zurückweisungsverbot in einen Hafen, der für die Geflüchteten nicht sicher ist, nicht möglich ist. Doch der Populismus Salvinis, gepaart mit fake news, kennt weiterhin keine Grenzen. Indessen mussten 13 Migrant*innen aufgrund gesundheitlicher Probleme nach Lampedusa gebracht werden. [Dort sagten sie aus](#), dass die Malteser sie einfach in italienische SAR (Search and Rescue) Gewässer geleitet und dann allein gelassen hätten. Die [Staatsanwaltschaft von Agrigento](#) hat eine Untersuchung eingeleitet, mit der jedoch nur die so genannten Schlepper gefunden und die Bedingungen der 177 verbliebenen geflüchteten auf der Diciotti geklärt werden soll.

Die italienische Regierung fährt derzeit einen eher schizophrenen Kurs. Auf der einen Seite Salvini, der die Geflüchteten am liebsten nach Libyen zurückschicken möchte, auf der anderen Seite Verkehrsminister Toninelli, der nach vier Tagen Wartezeit zwar die Einfahrtserlaubnis in den Hafen von Catania gibt, die aber nicht das von-Bord-Gehen beinhaltet. So liegt die Diciotti seit dem 20.8. an der Hafemole von Catania, es darf jedoch niemand von Bord. [Gleichzeitig lobt Toninelli](#) die tolle Arbeit der Küstenwache, die mit ihrer Rettung erneut ihre Pflicht getan habe. Rettung ohne Ankunft also? Sicher, alles soll von Europa gelöst werden, nur mit einem Umverteilungsplan wird es den Geflüchteten möglich sein, an Land zu gehen.

Doch die politische Erpressung durch die italienische Regierung findet nicht nur Anhänger. Das Forum Lampedusa, ein Zusammenschluss von Personen, die sich für die Rechte von Geflüchteten einsetzen, spannte ein großes, weit sichtbares Banner an exponierter Stelle über dem Inselhafen **auf: 'Lampedusa porto aperto'** – Lampedusa offener Hafen. Mehr als 3.000 Unterschriften wurden gesammelt, unter ihnen auch Politiker*innen und der durch den Film „Seefeuer“ bekannt gewordene Arzt Pietro Bartolo.

Auch die italienische Küstenwache ist nicht einverstanden mit dem Handeln der Regierung. Leutnant Antonello Ciavarelli, Delegierter des Zentralrats der militärischen Vertretung der Küstenwache, [äußerte sich in einem Interview mit der Tageszeitung Corriere della Sera](#): "Es ist unverständlich. Sogar peinlich. Das Schiff Diciotti ist ein Militärschiff des italienischen Staates und darf nicht in einem italienischen Hafen anlegen! Wir Militärs gehorchen natürlich die Anweisungen der Regierung, aber wir erwarten auch eine entschlosseneren Politik, wenn es darum geht, Vorkehrungen zu treffen! Auch weil es ein Problem gibt. (...) Es ist (...) bekannt, dass diese Menschen alles zu tun bereit wären, sie würden auch einen Selbstmord begehen, wenn sie verstehen würden, dass wir sie nach Libyen zurückbringen oder auf ein anderes Schiff umladen wollen. Diese Menschen (haben) nichts mehr zu verlieren. Um von Tripolis loszufahren haben sie die Schmerzen der Hölle hinter sich gelassen".

In einem [Radiointerview mit Radio Radicale](#) äußerte auch der Staatsbeauftragte für die Rechte der der Freiheit beraubten Menschen, Mauro Palma, Besorgnis über den Fall Diciotti. Die Geflüchteten befänden sich auf einem italienischen Küstenwachtschiff und damit auf italienischem Territorium. Das Festhalten auf der Diciotti sei Freiheitsberaubung und verstoße gegen Art. 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK). Es sei nicht zulässig, politische Auseinandersetzungen auf dem Rücken der Betroffenen zu führen.

Zudem sei es unverantwortlich, jeden Rettungsfall erneut zu diskutieren. Europa müsse sich der Verantwortung stellen, damit habe Italien recht. Aber die Seerechtskonventionen geben vor, dass die Geretteten so schnell als möglich in einen sicheren Hafen zu bringen seien. Das gelte im Übrigen auch, wenn es sich um ein fremdes Schiff in italienischen Gewässern handele, so Palma, der hier Bezug auf die Alexander Maersk nimmt. Dem dänischen Schiff war im Juni ebenfalls über vier Tage lang die Einfahrt in den Hafen Pozzallo verweigert worden.

09.08.2018

„Diciotti“ und „Asso28“ – Untersuchungen und Anklagen gegen Salvini

Seit dem 10. Juni wurde es aufgrund der Hafenschließung für Migrant*innen durch Innenminister Salvini zunehmend schwieriger, Ankünfte von Schiffen mit geretteten Migrant*innen an Bord in italienischen Häfen durchzusetzen. Auch die Küstenwache sowie europäische Einheiten wie Frontex und Eunavfor Med hatten mit der Anordnung Salvinis zu kämpfen. Nun haben sich jedoch einige Kritiker*innen der rechtsgerichteten Politik der Regierung widersetzt. Sie stellen die Einfahrtsverweigerung in Frage und möchten prüfen lassen, ob Salvini nicht nur seine Kompetenzen überschritt, sondern auch internationales Recht verletzte. Die Politik der

Hafenschließung scheint sich in einer Grauzone der Legalität zu bewegen.

Nachdem im Fall der „Asso28“ zum ersten Mal ein italienisches Schiff unter der Koordination der libyschen Küstenwache 108 Menschen zurück nach Libyen brachte, [bitten nun Persönlichkeiten aus Kultur, Zivilgesellschaft und Politik](#), darunter der Bürgermeister von Neapel Luigi De Magistris, die Staatsanwaltschaft Neapel zu prüfen, ob es sich dabei um eine rechtswidrige Zurückweisung handelt. Es ist nicht das erste Mal, dass Italien internationale Übereinkommen, insbesondere die Europäischen Menschenrechtskonvention und die EU-Charta der Grundrechte, verletzt. "Unser Land – [erinnern sich die Anwält*innen Elena Coccia und Danilo Risi](#) - wurde bereits in der Vergangenheit wegen unrechtmäßiger kollektiver Ablehnung verurteilt. Wir wollen nicht, dass sich dies wiederholt und dass ein gefährlicher Präzedenzfall geschaffen wird, der durch Ausflüchte und das Spiel mit dem Schwarzen Peter jeden, Minister, Reeder oder Schiffsführer, von der vollen Einhaltung des Gesetzes entbindet.“ Die Anwält*innen nehmen hier Bezug auf das Urteil im Fall Hirsi gegen Italien aus dem Jahr 2012. Drei Jahre zuvor waren Geflüchtete von einem italienischen Zollschiff nach Tripolis zurückgebracht worden, konnten vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof klagen und gewannen. Seitdem gilt zwar ein Zurückschiebungsverbot nach Libyen, welches aber nicht in jedem Detail geklärt ist.

Auch der [Fall des 13. Juli](#), als Salvini der „Diciotti“, einem Schiff der italienischen Küstenwache, zwei Tage lang die Einfahrt in einen Hafen verweigerte, wurde nun von einem [Legal Team](#) aufgegriffen. In einer Erklärung an die Staatsanwaltschaft Rom wird Salvini Amtsmissbrauchs, Anwendung privater Gewalt und Entführung vorgeworfen.

Eine Zurechtweisung in seinem Amt als Innenminister könnte seine Selbstsicherheit und -inszenierung zumindest ein wenig ins Wanken bringen.

01.08.2018

Italienisches Schiff „Asso28“ bringt 108 Geflüchtete nach Libyen

Die Rettung von 108 Migrant*innen durch das italienische Schiff „Asso28“, das für die Ölplattform der italienischen Firma Eni arbeitet, sorgte für einen Aufschrei, da die Menschen statt in einen sicheren Hafen in den libyschen Hafen in Tripoli gebracht wurden. Vom NGO-Schiff des Vereins Proactiva Open Arms kommen laute Vorwürfe, darunter von dem sich an Bord befindenden [Abgeordneten Fratoianni der Linkspartei LEU \(„liberi e uguali“\)](#). [Italien habe gegen internationales Recht verstoßen](#), indem ein Schiff, das unter italienischer Flagge fährt einen unsicheren Hafen ansteuerte. Die Rechtfertigung seitens der italienischen Minister Salvini (Inneres) und Toninelli (Transport) lautet hingegen, die libysche Küstenwache habe die gesamte Operation von Anfang an koordiniert und durchgeführt. [Beide geben an, die Koordinationsstelle MRCC Rom habe keine Information erhalten und Italien nichts damit zu tun](#). Salvini inszeniert trotz aller Kritik weiterhin die Übergabe der Verantwortung der Rettungseinsätze im zentralen Mittelmeer an die libysche Küstenwache als Erfolg. [Die EU-Kommission will sich nicht direkt zu dem Fall äußern, doch laut ihrer Sprecherin Natasha Bertaud, erkennt die Kommission Libyen nicht als „sicheren Hafen“ an](#). Weder können die Geflüchteten dort einen Asylantrag stellen, noch könne davon ausgegangen werden, dass das Leben der Personen nicht bedroht würde und dass Unterkunft, Nahrung und medizinische Bedürfnisse befriedigt werden können. [Laut des Internationalen Übereinkommens von 1974 zum Schutz des menschlichen Lebens auf See hätte die „Asso28“ aber die Pflicht gehabt, die Menschen an einen sicheren Hafen zu bringen](#), auch wenn der Rettungseinsatz in dem Meeresgebiet stattfindet, das unter libysche Zuständigkeit fällt.

Es bleibt bisher unklar, ob Italien für die Rückschiebung nach Libyen verantwortlich gemacht werden kann. [Auch vom UNHCR kommt die Nachricht über Twitter, die Operation "könnte eine Verletzung des Völkerrechts darstellen"](#).

Die italienische Regierung mit Salvini hat auf jeden Fall erreicht, [dass Libyen - auch ohne sicheren Hafen! - über eine SAR-Zone verfügt und das hilft ganz klar der Legitimation von „kollektiven Rückschiebepverfahren“](#), so der Jurist und Experte für Völker- und Migrationsrecht Fulvio Vassallo

Paleologo. Salvini zeigt sich weiterhin selbstsicher. Jegliche Vorwürfe weist er unter dem Vorwand ab, seine Kritiker*innen, die NGOs und ein Abgeordneter der Linken, seien schlecht informiert. In welchem Raum-Zeit-Kontinuum befinden wir uns? Anscheinend in Paralleluniversen: Die EU macht Verträge mit Libyen und sagt dann, die Menschenrechtslage sei nicht sicher. „Vielleicht“ ist es ein Rechtsbruch, vielleicht aber auch nicht, so der UNHCR. Die IMO (International Maritime Organization) erkennt eine Seenotrettungszone an, obwohl die dazugehörige Leitstelle nicht 24 Stunden am Tage besetzt ist und es auch ansonsten noch stark an Erfahrung und Material mangelt. Nichts ist sicher, alles geht, keineR weiß Bescheid? Einzig die betroffenen Geflüchteten leiden darunter, denn ihre Rechte werden tagtäglich erneut ausgehebelt. Und Innenminister Salvini setzt gern immer noch eines oben drauf: Rassismus? „Nein, den gibt es in Italien nicht, das ist doch verrückt, es gibt keine allarmierenden Informationen“, so Salvinis Reaktion auf zwei massive rassistische Angriffe. Einer von diesen hat einen Marokkaner in Latina das Leben gekostet. Rassismus sei die Erfindung der Linken, so Salvini. Sicher, und die Erde ist eine Scheibe.

27.07.2018

Salvini Politik über Twitter – bisher fehlen offizielle Maßnahmen

Mit dem Hashtag #Chiudiamoporti startete Salvini am 10. Juni seine Kampagne gegen die Seenotrettungs-NGOs. Nach und nach durften schließlich auch keine Frachtschiffe oder Schiffe der europäischen Grenzpolizei Frontex mit Geflüchteten an Bord anlegen. In den Medien wurde über nichts anderes mehr gesprochen, als die Polemiken des Innenministers. Nun veröffentlichte die Zeitung „L’Espresso“ am Mittwoch, 25. Juli, eine Recherche aus der hervorgeht, dass es zu dem Beschluss bis zum 29. Juni keine offizielle Verordnung gab. Die Hafenschließungspolitik Salvinis mit Unterstützung des Verkehrsminister Toninelli erfolgte also ausschließlich über die Social Media wie Twitter!

„Aber in einem demokratischen Staat ist ein Tweet nicht genug für eine so harte Aktion, die erste in Europa, die dazu gedacht ist, die Migranten und diejenigen, die sie aus Seenot retten, zu stoppen. Wir brauchen ein Dekret, wie der Navigationskodex besagt.“, heißt es in dem Bericht des „L’Espresso“.

Am 29. Juni, als das Rettungsschiff „Proactiva Open Arms“ für einen technischen Wechsel und zum Auftanken anlegen wollte, kündigte Toninelli in einer Erklärung an, dass er wegen der formalen Notiz, die vom Innenministerium käme und Gründe der öffentlichen Ordnung anführe, das Verbot, in italienischen Häfen für das Schiff Ong Open Arms anzulegen, in voller Übereinstimmung mit Artikel 83 des Schifffahrtsgesetzes angeordnet habe. Die sogenannte „formale Notiz“ kann bisher aber von niemanden eingesehen werden und Journalist*innen werden weiter hingehalten.

Auch das Generalkommando der Hafentämter bestätigte am 23. Juli nach einer Anfrage in die Einsicht der Akten der Open Arms, dass anders als behauptet, keine Maßnahme des Ministeriums gemäß Artikel 83 des Schifffahrtsgesetzes getroffen wurde. An diesem Tag sterben bei einem Schiffbruch mehr als 100 Personen, darunter auch drei Kinder. Die „Open Arms“ konnte nicht rechtzeitig zur Rettung eilen, da ihr Tank am Minimum war. Es bleiben einige Zweifel offen, ob die Verweigerung des Anlegens rechtmäßig war. Dieser Fall ist ein bedeutendes Beispiel, wie die willkürliche Politik der Hafenschließung zu mehr Toten im Mittelmeer führt.

25.07.2018

Salvini lehnt EU-Mittel für Aufnahme von Geflüchteten ab

Die Diskussionen und Pläne zur Aufnahme von Geflüchteten in der EU läuft weiter. Beim EU-Gipfel Ende Juni wurde sich auf ein Modell geeinigt, dass sogenannte „kontrollierte Zentren“ vorsieht, die die einzelnen Länder auf freiwilliger Basis errichten sollen. Aus den konkreten Vorschlägen der EU-Kommission geht nun hervor, dass dafür pro aufgenommene Person 6.000 Euro gezahlt werden sollen. Doch Salvini bleibt davon unbeeindruckt und verfolgt weiterhin seinen eigenen (Gegen-)Plan. Unterstützt wird er von Premier Conte, der noch vor zwei Wochen an die

EU-Rats- und Kommissionspräsidenten geschrieben und finanzielle Unterstützung gefordert hatte, nun das Geld aber auch nicht mehr will. Wie bereits aus einem Schreiben am 4. Juli die Präfekturen hervorgeht, möchte er den „Humanitären Schutz“, der nur in Italien existiert und bei ernsthaften gesundheitlichen Problemen oder Naturkatastrophen im Herkunftsland ausgesprochen werden kann, komplett streichen. Hinzu sollen die Identifikations- und Abschiebezentren (CIE - centri di identificazione ed espulsione), die nun CPR – Rückführungszentren heißen und unter ex-Innenminister Minniti eingeführt wurden, weiter ausgebaut werden. Minniti hatte bereits sechs dieser Zentren wieder geöffnet.

Salvini fordert nun eine Abschiebungshaft für jede Region. Während er die Ankünfte in Italien fast komplett unmöglich gemacht hat, sollen auch die Menschen, die bereits auf italienischem Boden sind, möglichst schnell selektiert und abgeschoben werden. So setzt Salvini nun darauf, mit Unterstützung der italienischen Regierung knallharte Asylrechtsverschärfungen voran zu treiben.

Unterdessen wurde hinter der Verbreitung polemischer Nachrichten in den Social Media, die die Fotos von Seenotrettungen als „fake news“ darstellten, ein organisiertes Netzwerk ausgemacht. Dabei werden Informationen aus dem Internet recherchiert, um sie dann für die Propaganda gegen Migration und humanitäre Hilfe zu verwenden. Die Darstellung wird dabei stark verzerrt und Misstrauen gegen die Berichterstattung altbekannter Medien aufgebaut.

Diese Propaganda macht sich Salvini zu eigen. Seine Sprache ähnelt stark den hetzerischen Posts, die einer rassistischen öffentlichen Meinung und seiner Abschottungspolitik Aufschwung geben.

24.07.2018

Häfen nur für Eunavfor Med Schiffe geöffnet

Im Mittelmeer scheint es ruhig geworden zu sein. Doch wenige Ankünfte in Italien bedeuten weder Ruhe auf dem Meer, noch dass sich auch nur ansatzweise die Sicherheit und Zustände im Transitland Libyen geändert hätten. Anstelle von Ankünften in Italien beobachten wir nun vermehrt das Abfangen der Migrant*innen durch die libysche Küstenwache. Die Politik der Hafenschließung, die die italienische Regierung seit nun fast zwei Monaten vorangebracht hat, ist Auslöser der aktuellen Situation. Der italienische Admiral und Kommandeur der EU-Mission „Sophia“ Enrico Credendino hat nun alle beteiligten Kriegsschiffe zurückgezogen, da es keinen Hafen mehr zum Anlegen gibt. Heute nun gab der italienischen Außenminister Enzo Moavero Milanesi bekannt, dass Italien einer fünfwöchigen Öffnung der Häfen für EUNAVOR MED Schiffe (und nur für diese) öffnen will. In diesen fünf Wochen sollen EU-Verhandlungen zur Weiterführung der Mission stattfinden.

Wer von Libyen aus seinen Weg nach Europa starten muss, hat äußerst schlechte Chancen in Europa anzukommen. Rettungen werden im Zentralen Mittelmeer fast immer an die libysche Küstenwache übergeben – also handelt es sich hier um so genannte pull-backs. Die so genannte libysche Küstenwache ließ bei einem dieser Rettungseinsätze am 17. Juli nicht nur die Leiche einer Frau und eines Kindes zurück, sondern auch eine Überlebende, Josefa aus Kamerun. Die Seenotrettungs-NGO Proactiva Open Arms fand die Frau gerade noch rechtzeitig und klagt nun die libysche Küstenwache an. Von libyscher Seite aus wurde die lebendige Frau anscheinend einfach „übersehen“. Open Arms entschied sich aufgrund der feindseligen Haltung der italienischen Regierung gegen Migrant*innen dafür, nach Palma de Mallorca zu fahren, wo sie am 21. Juli mit Josefa und den beiden Leichen anlegten. Die Libyer rechtfertigten sich, nur die Toten zurückgelassen zu haben – bedenkt man, dass ihre Verwandten sie auf ewig suchen und immer in Ungewissheit bleiben werden eine mehr als unmenschliche Handlung.

Währenddessen warten seit mehr als einer Woche 40 Geflüchtete auf dem Schiff „Sarost V“ vor der Küste Tunesiens darauf, an Land zu dürfen. Weder Malta noch Italien hatte sie aufnehmen wollen und auch Tunesien stellt sich quer. Anscheinend befürchtet man dort, sonst zukünftig weitere

Personen aufnehmen zu müssen. Auch dieser Fall reiht sich eindeutig in die Folgen der Hafenschließung Italiens ein. Die Abschottungspolitik scheint sich traurigerweise in Europa durchzusetzen - und das auf dem Rücken der Menschen in Not.

Doch es erklingt ein Glück weiterhin lautstarker Protest. So zogen am 14. Juli, dem großen religiösen Volksfest der heiligen Santa Rosalia in Palermo auch einige Personen mit roten T-Shirts und Bannern durch die Straße, organisiert durch das Antirassistische Forum Palermos. Darauf prangten Bittstellungen an die Heilige: „Santa Rosalia, öffne uns die Häfen!“ oder „Santa Rosalia, befreie uns vom Rassismus“. Eine erfolgreiche politische Aktion, die aus den 400.000 Menschen an diesem Abend auf der Straße deutlich hervorstach.

16.07.2018

Salvini nimmt gesundheitliche Gefährdung von Migrant*innen billigend in Kauf

Nach wieder einmal langem Warten durften heute endlich zwei Schiffe, die Protector von Frontex und die Monte Sperone der Guardia di Finanza anlegen. Sie hatten in der Nacht vom 13. auf den 14. Juli insgesamt 450 Personen in der Nähe von Lampedusa und Linosa aus Seenot gerettet. Selbst wenn die italienische Regierung die Schiffe schlussendlich doch anlegen ließ, zeigen die letzten Fälle, dass zur Zeit die Häfen Italiens grundsätzlich geschlossen sind. Wird gerettet, dauert es sogar für Schiffe internationaler Missionen einige Tage, bis sie endlich anlegen dürfen. Jede Rettung bietet Salvini einen Anlass, gegen die Seenotrettung zu hetzen.

Jeder Tag länger auf dem Schiff bedeutet für die Migrant*innen hingegen eine zusätzliche Belastung, in diesem Fall mussten 57 Personen der 450 aus gesundheitlichen Gründen evakuiert werden. Menschen, die eine lebensgefährliche Flucht hinter sich haben und körperlich erschöpft sind, müssen zusätzlich befürchten, nach Libyen zurück gebracht zu werden, wo ihnen Gefahr an Leib und Leben droht. Eine Rückschiebung nach Libyen stand zwischen Salvini und dem Premierminister Conte bis zuletzt zur Debatte. Die italienische Regierung wollte sich zunächst versichern, dass die Menschen auf andere europäische Länder verteilt werden und nicht in Italien bleiben. Jenseits der Frage nach einer europäischen migrationspolitischen Lösung, ist die Verweigerung von Hilfe für Menschen in Not schlicht unmenschlich. Erst nachdem zunächst Malta und Frankreich zusicherten jeweils 50 Personen aufzunehmen, sich dann Deutschland, Spanien und Portugal anschlossen, durften die beiden Schiffe in den Hafen von Pozzallo einlaufen. Auch Irland erklärte sich bereit, 20 Personen aufzunehmen.

Während Salvini verlogen die Bereitschaft zur Aufnahme der anderen europäischen Länder lobt, nimmt er die Ablehnung Tschechiens und Ungarns in Schutz. Es ist ja auch schließlich seine eigene harte Politik, die Investitionen in Aufnahmelager in Libyen und die absolute Schließung der europäischen Außengrenzen auf Kosten der Flüchtenden voranzutreiben.

13.07.2018

Ankunft „Diciotti“ entgegen Salvinis Hafensperre

Heute Nacht gegen 23:00 Uhr durfte das Militärschiff „Diciotti“ nun endlich anlegen und die Migrant*innen von Bord gehen. Während sich Salvini weiter querstellte und auf die Garantie der Verhaftung zweier angeblicher „Aufständiger“ beharrte, löste der Premierminister Conte, nach einem Gespräch mit dem Staatsoberhaupt Sergio Mattarella, die Hafensperre für das italienische Schiff. Laut Salvini habe sich das Staatsoberhaupt damit aber nicht in das eingemischt, was er als Innenministerin macht. Deshalb stelle er sich für Erklärungen zur Verfügung, bekennt sich aber weiterhin zu einem Kampf gegen illegale Einwanderung. Dabei wird ganz deutlich: Salvini wurde von der Obersten Spitze zumindest in diesem Fall gebremst.

Entgegen seines Versuches der Kriminalisierung der Migrant*innen, bestreitet nun sogar das niederländische Unternehmen, im Besitz des Schiffs „Vos Thalassa“, dass es eine Rebellion oder

Entführung des Schiffs gegeben habe. Salvini fehlt die Beweisgrundlage und dennoch besteht er auf seine harte Linie. Er will die Verdächtigen verurteilt sehen, bevor überhaupt nachvollzogen wurde, was sich auf dem Schiff abgespielte. Gegen die beiden Verdächtigen hat die Staatsanwaltschaft in Trapani nun Kontrollen wegen fortgesetzter und verschärfter privater Gewalt gegen den Kapitän und die Besatzung des Schleppers „Vos Thalassa“ eingeleitet. Der Innenminister zeigt sich jedoch enttäuscht über die Vorgehensweise, die nach seinem Geschmack doch nicht hart genug war.

12.07.2018

Wahnvorstellung der Allmacht

Seit Anfang Juni ertönt aus der italienischen Regierung lautstark eine Stimme; die Stimme Matteo Salvinis. Die Worte seiner Kritiker*innen gehen hinter seinen Polemiken hingegen meist unter und nach Salvini gibt es erst gar keine Unstimmigkeiten in der Regierung. Er dominiert mit seiner starken Außendarstellung, darunter vor allem auf Twitter und in den Social Media, das Auftreten der neuen Regierung. Das zeigt sich deutlich in der alltäglichen Debatte um Migration, die mit einer rassistischen und hetzerischen Sprache aktuell besonders auffällt.

Salvini scheint sich in einer Wahnvorstellung der Allmacht zu befinden, wenn er sagt, die Regierung handele mit einer Stimme und nur einem Kopf, so der bekannte Journalist Roberto Saviano. Dabei bezieht er sich auf den aktuellsten Fall eines Rettungseinsatzes des Schleppschiffs „Vos Thalassa“ (siehe Update 10. Juli). Seit bereits Montag warten 67 Migrant*innen auf dem italienischen Militärschiff „Diciotti“ darauf, in Italien an Land gehen zu können. Salvini forderte hingegen Gewissheit über die rechtliche Verfolgung jener Personen an Bord, die sich gewehrt hatten, in Richtung Libyen zu fahren, um der libyschen Küstenwache übergeben zu werden. Es laufen bereits polizeiliche Ermittlung zu dem Vorfall an Bord der „Vos Thalassa“. Am liebsten würde der Innenminister sie in Handschellen von Bord gehen sehen.

So werden Menschen ohne ein rechtmäßiges Prüfverfahren der Justiz kriminalisiert. Roberto Saviano fragt deshalb provokant: „Ich frage mich also: Hat Minister Bonafede, der Justizminister, der also Salvini wieder in die Reihe bringen sollte, nichts zu sagen?“ Es ist gleichzeitig ein Appell an die zuständigen Minister*innen, Salvini in seinen Kompetenzen deutlich zurückzuweisen und seinen häufigen Alleingang einzuschränken.

Mittlerweile ist die „Diciotti“ im Hafen von Trapani eingelaufen, bisher ist aber noch keine Person von Bord gegangen.

10. Juli 2018

Nach einem Treffen mit dem Premierminister Conte, muss Salvini einsehen, dass auch sein Handlungsspielraum – glücklicherweise – begrenzt ist. Gegen die Schiffe, die Teil von EU-Missionen sind, kann er in seinem Amt zunächst nichts tun. So beschränkt er sich mit seinen Aussagen zu dem EU-Innenministertreffen in Innsbruck auf eine vorgesehene "Verstärkung der Außengrenzen". Niederlagen eingestehen kann der Minister nun aber absolut nicht. Die nächste Möglichkeit, um seine harte Linie gegen die Migration weiterzuverfolgen, sieht er in der Blockade des Schleppschiffs „Vos Thalassa“, das gestern 66 Menschen rettete und obwohl es unter italienischer Flagge segelt, keinen italienischen Hafen zugewiesen bekommt.

Es ist ein weiterer Moment für die Lega-Politiker um mit größter Symbolik ihre Abschottungspolitik zu untermauern. So wird das Schleppschiff „Vos Thalassa“ von dem Minister für Infrastruktur und Verkehr, Danilo Toninelli, plötzlich als Kriegsschiff ausgegeben. Nebenbei werden Fakten verdreht und Migrant*innen, die aus Angst davor, zurück in ihr Elend nach Libyen gebracht zu werden, als gefährliche Personen ausgegeben, die „das Leben der Besatzung gefährden“. Das Militärschiff der italienischen Küstenwache „Diciotti“, das höchstens noch ein paar wenige Menschen aus dem Mittelmeer rettet, nimmt die Menschen nun an Bord und wird heldenhaft inszeniert. Die sogenannten „Unruhestifter“ sollen nun direkt ausgemacht werden.

Tag für Tag spitzt sich so der Versuch zu, die rechtsstaatlichen Grundsätze und die darin verankerten Menschenrechte auszuhöhlen. Wenn Salvini in einem Rundschreiben an die Präfekte bekannt gibt, er werde versuchen, [den Titel des „humanitären Schutzes“ zu beseitigen, wendet er sich ganz deutlich gegen die italienische Konstitution](#). Der „humanitäre Schutz“ („protezione umanitaria“) besteht neben den europäisch festgelegten Anerkennungen von Schutzbedürftigen. Deutlich wird: Salvini sucht jeden (un-)möglichen Weg, um seine hetzerische und nationalistische Politik durchzubringen.

9. Juli 2018

Salvinis Kampf gegen die Seenotrettung geht weiter

Hingegen der Anschuldigungen Salvinis, das NGO-Schiff „Lifeline“ würde unter falscher Flagge segeln, verfügt das Schiff nachweisbar über eine Registrierung im Heimathafen Amsterdam und dürfe nach den niederländischen Eignerpapieren auch unter holländischer Flagge segeln. [Auch verfüge der Kapitän, Claus-Peter Reisch über einen international gültigen Sportseeschifferschein der Bundesrepublik Deutschland](#), so der Zuwanderungsbeauftragte des Landes Schleswig-Holstein und ehemalige Kapitän des Hilfsschiffes „Cap Anamur“ Stefan Schmidt.

Salvini möchte jedoch die Hafenschließung weiter vorantreiben. Anlass für diesen Vorstoß war das [irische Marineschiff „Samuel Beckett“, das Samstag mit 106 geretteten Migrant*innen in Messina anlegen durfte](#). Bereits ausgeschlossen hatte die italienische Regierung die Rettungsschiffe der NGOs. Nun sollen auch die Schiffe internationaler Missionen nicht mehr anlegen dürfen. Den Antrag will Salvini kommenden Donnerstag bei dem EU-Innenministertreffen vorstellen, bekommt aber direkt Widerspruch aus den Reihen der eigenen Regierung. [Während Salvini sich als Entscheidungsträger inszeniert, weist ihn die italienische Verteidigungsministerin, Elisabetta Trenta, zurecht](#): Schiffe, wie die „Samuel Beckett“, die Teil der europäischen Mission ‚Eunavformed‘ sind, kann der Innenminister nicht einfach ohne Weiteres blockieren. Dies müsse auf der Außen- und Verteidigungsebene der EU getroffen werden. Doch die Nachricht, die Salvini sendet ist deutlich. Er hat der Migration den Kampf angesagt und möchte die Zahlen auf null senken.

Dagegen ertönt aber aus der Bevölkerung und regionalen Ebenen weiterhin Protest. [Gestern fand erneut ein Marsch durch die Straßen des Zentrums von Palermo](#) zugunsten der Aufnahme von Migranten und mit Parolen gegen die Regierung, insbesondere gegen Minister Salvini statt. [Auch Leoluca Orlando, Bürgermeister von Palermo, kritisierte Salvinis Entscheidungen zur Migration scharf](#). "Nach dem absoluten Schweigen über die Mafia, erstellt der Innenminister nun ein Dokument, dessen praktische Wirkung darin besteht, zur Unsicherheit des fehlenden Rechtsschutzes von Tausenden von Migranten zurückzukehren, die bereits in Italien auf den Ausgang ihrer Asylanträge oder des humanitären Schutzes warten."

6. Juli 2018

Verdrehte Tatsachen

Schon wieder sind wir mit der alltäglichen Verdrehung der Tatsachen des Matteo Salvini konfrontiert. Wider all der allarmierenden Nachrichten über den todesreichsten Monat im Mittelmeer seit Langem inszeniert Salvini weiterhin seinen Erfolg. So bedankte er sich bei der libyschen Marine für ihren Einsatz und fügte hinzu, [die Zahlen der Ankünfte in Italien aus Sicht des Menschenhandels und auch der Zahl der Todesfälle, die niedriger ist, was auch immer einige italienische Zeitungen darüber sagen \[sic!\], im Vergleich zu früheren Jahren, seien positive Daten](#).

Italiens Innenminister lehnt also einfach die Berichte der Zeitungen ab, weil sie ihm nicht passen. Im Gegensatz zu den Polemiken Salvinis stützen sich die Zeitungen jedoch nicht auf irgendwelche

fiktiven Zahlen, sondern auf die Erhebungen des UNHCR (Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen) sowie der IOM (Internationale Organisation für Migration) Daraus geht auch klar hervor: Die niedrige Zahl der Ankünfte geht mit der steigenden Zahl der Toten im Mittelmeer einher. Doch Salvini hält trotz der Tatsache, [dass 1.074 Personen in der ersten Hälfte des Jahres 2018 ihr Leben im Zentralen Mittelmeer ließen](#), an seiner rassistischen Agenda fest.

So kündigt er des Weiteren [schnelle Prüfungen der Asylfälle und Strenge bei der Erteilung humanitärer Genehmigungen an. Zudem sollen 42 Millionen Euro von den Ausgaben für die Unterbringung künftig in Abschiebungen investiert werden. Schwangere und Kinder dürften natürlich in Italien bleiben](#), als ganz unmenschlich will Salvini dann anscheinend doch nicht gelten. Doch dies gelingt ihm nicht sonderlich.

4. Juli 2018

Zynismus und Fake News

Während in den letzten Tagen bereits über 200 Menschen im Zentralen Mittelmeer ertranken und die Seenotrettung durch die Blockade der NGOs fast komplett eingestellt wurde, kursieren im Internet geschmacklose Fake News. Absurder Zynismus von rechts, gestärkt durch den italienischen Innenminister Salvini selbst, der mit seinen rassistischen Parolen als Beispiel voran geht. Dabei wird die Realität gerne verzerrt und ohne Skrupel kurzer Hand auch mal ein (echtes) Foto schlecht bearbeitet, um die Fotografen dann der Fotomontage beschuldigen zu können. So geschehen mit einem [Foto, welches drei ertrunkene Kleinkinder zeigt, die ihr Leben beim Schiffsbruch des 29. Juni](#) lassen mussten. Eines der Fotos wurde bearbeitet, um zu „beweisen“, dass es im Studio aufgenommen worden und damit gefälscht worden sei. Dumm nur, dass weitere Bilder existieren, die den tragischen Fall dokumentieren. Die rassistische Hetze schreckt vor nichts mehr zurück. Umso schockierender, wie viele Likes in den Social Media unter den Fake Posts erscheinen und in welcher Geschwindigkeit sie geglaubt und verbreitet werden.

Erst heute kam ein weiteres Foto hinzu, dass die Vorstellungen der „Migrationsflut“ auch gegen all die traurigen Berichte des extremen Rückgangs der Ankünfte in Italien nicht aufgeben will. [Ein Post auf Facebook zeigte ein Foto eines Pink Floyd Konzertes vom 15. Juli 1989 in Venedig, das mit der Überschrift „Libyscher Hafen. Sie zeigen dir nie diese Fotos. Migranten bereit aus Libyen zu starten“](#) versehen wurde. Glücklicherweise wurde es als Fake enttarnt und schließlich gelöscht, zuvor wurde es allerdings bereits 9.000 Mal geteilt.

Wäre das alles nicht so tragisch und gefährlich, ließe sich vielleicht über diese Idiotie lachen.

[Unterdessen wurde auch das zivile Aufklärungsflugzeug „Moonbird“ der NGO Sea Watch auf Malta festgesetzt.](#) Während die Aufregung in Italien jedoch um falsche Verschwörungstheorien in den Social Media kreist, stehen wir im Juni mit [629 Toten \(IOM\)](#) im Mittelmeer [vor dem todesreichsten Monat seit den letzten 5 Jahren.](#)

2. Juli 2018

Gegenstimmen zu Salvini

Auch in den eigenen Reihen häufen sich die Gegenstimmen zur „geschlossene-Häfen-Politik“ Salvinis. Der Präsident des Abgeordnetenhauses, [Roberto Fico](#), selber Mitglied der Regierungspartei Movimento 5 Stelle, äußert bei einem Besuch im Hotspot von Pozzallo: „Europa muss sich um die Migrationsflüsse kümmern. Und Italien kann sich nicht zurückziehen, hier muss den Menschen geholfen werden.“ Libyen sei kein sicherer Ort und „die Libyer brauchen die Unterstützung einiger NGO-Schiffe, die von der Küstenwache koordiniert werden. Ich würde die Häfen nicht schließen, wir brauchen das Herz und den Verstand.“ Sein Parteikollege und Vizepremier Silvio Di Maio schweigt zu den Aussagen Ficos. Doch dieser fährt fort: „Die NGOs sind fundamental in der Seenotrettung.“ Man brauche alle Daten der NGOs und deren Finanzierung müsse offengelegt werden, aber die Staatsanwaltschaft Palermo habe die Untersuchung gegen Seenotrettungs-NGOs eingestellt und bei der nun schon mehr als ein Jahr dauernden Untersuchung

in Catania komme ja auch nichts raus. Man müsse solidarisch mit denen die emigrieren sein, es handele sich um dramatische Schicksale. Auch die Demokraten sind aus ihrem Dornröschenschlaf erwacht, wie es scheint. Senator Salvatore Margiotta: „Fico zeigt, dass nicht alle von den 5 Stelle „Yes man“ sind. Es gebe also doch Personen, die mit dem Kopf denken.“ Carmelo Miceli, Abgeordneter der Demokraten, unterstützt Fico ebenfalls. Weitere Abgeordnete reihen sich ein. Ob das zu einer Änderung führen kann muss die Zeit zeigen.

Während Vizepremier Di Maio schweigt ist der Innenminister mal wieder in voller Aktion. Bei einem sehr gut besuchten Auftritt in der Nähe des norditalienischen Pontida wiederholt er, dass die Häfen geschlossen bleiben, bis die Schlepper die Lust verloren haben und nennt die Meinung des Abgeordnetenhauspräsidenten eine rein persönliche. [Man werde noch 30 Jahre an der Regierungsmacht sein](#), so Salvini. Ein gewisser Größenwahn ist nicht von der Hand zu weisen.

Derweil hat [Malta der NGO Sea Watch verboten](#), den Hafen zu verlassen und ins Seenotrettungsgebiet zu fahren. Am Wochenende sind [laut IOM](#) mehr als 200 Menschen vor Libyen ertrunken, weil keine Rettung zur Stelle war. Wir sehen, Herr Salvini, dass die Schlepper nicht einfach aufhören, nur weil Sie die Häfen in Italien schließen. Italien, Malta, Europa hat diese Menschen auf dem Gewissen.

30.Juni – 1. Juli 2018

Salvini bleibt bei seiner harten Haltung. Die Open Arms der spanischen NGO Proactiva Open Arms hatte 59 Menschen vor Libyen gerettet. Der Kapitän [schildert den Vorgang wie folgt](#): „*Er habe das Seerettungskoordinationszentrum mit Sitz in Rom über die Migranten informiert und sei angewiesen worden, libysche Seebehörden anzurufen. Diese hätten nicht über Telefon oder Radio reagiert. Die Behörden in Rom hätten ihm dann gesagt, er müsse entscheiden, ob die Rettung ausgeführt werde, sagte Martinez.*“ Salvini hatte im nun zum dritten Mal in kurzer Zeit ausgebrochenen Streit zwischen Malta und Italien um den Anlandungshafen behauptet, Malta läge näher am Rettungsort und sei somit zuständig. Der italienische Innenminister ist sich nicht zu schade für andauernd verbreitete fake-news – die Open Arms lag beweisbar näher am italienischen Lampedusa. Der [maltesische Innenminister Michael Farrugia](#) verbat sich via Twitter die Falschmeldungen seines italienischen Kollegen. Das zweite Schiff der spanischen NGO, die Astral, hatte die Rettung begleitet, vier europäische Abgeordnete befanden sich an Bord, unter ihnen drei Spanier und die Italienerin Eleonora Forenza. Sie bestätigte, dass die Rettung 33 Seemeilen von der libyschen Küste (und näher an Lampedusa) erfolgte. Nach dem erneuten Hin und Her um einen sicheren Hafen erfolgte [schließlich die Genehmigung, die Geflüchteten nach Barcelona](#) (Spanien) zu bringen.

29. Juni 2018

Inszenierung einer Seenotrettung

Oscar Camps von der Seenotrettungs-NGO Pro Activa Open Arms [hat einen Brief an die italienische Wochenzeitung Espresso](#) geschrieben. Darin analysiert er die Geschehnisse des 24. Juni 2018 und stellt fest, dass so viele „Zufälligkeiten“ in zwei Jahren Seenotrettung nie vorgekommen seien. Am Morgen des 24.6. hatte die italienische Küstenwache in kurzer Zeit sieben Notrufe weitergegeben, alle im selben Sektor und nah beieinander. Das bedeutet, so Camps, dass sie alle mehr oder weniger zur gleichen Zeit vom gleichen Ort losgefahren sein müssen – etwas, das eigentlich nicht unbeobachtet bleiben kann! Sprich: die so genannte libysche Küstenwache in Al-Khums muss davon gewusst haben. Zum Zeitpunkt der Abfahrt dieser sieben Boote bzw. der Meldung befindet sich die Aquarius „zufälligerweise“ sehr weit weg vom Einsatzort, der Open Arms wird das Auftanken in Malta verweigert und sie muss zehn Stunden warten, bis ein anderes Schiff ihr hilft, die Mannschaft zu wechseln und aufzutanken. Als die Open Arms endlich in der Rettungszone ankommt bittet sie die „Pilotes Volontaires“ mit ihrem kleinen Aufklärungsflugzeug

um Hilfe, um die Boote zu lokalisieren – doch diesen wird verweigert, auf Lampedusa aufzutanken. Somit sind alle möglichen Zeug*innen der „Rettungsaktion“ ausgeschaltet und die „Inszenierung“ der Seenotrettung durch die libysche Küstenwache einen Tag vor dem Besuch Salvinis in Tripolis kann beginnen. Der Open Arms wird derweil mitgeteilt, ihr Einsatz werde nicht benötigt. Die folgende Rettung von fast 1.000 Menschen würde, so Camps, im Normalfall 10-12 Stunden dauern, doch die so genannte libysche Küstenwache schafft das ohne zusätzlich Hilfsboote, ohne Schwimmwesten und ohne qualifiziertes Personal in fünf Stunden.

Diese Inszenierung kostete mindestens 10 Menschen das Leben, ein Boot mit 120 Menschen an Bord bleibt anscheinend vermisst. „Ich sage ‚anscheinend‘ da weder die italienische Küstenwache, die die Notrufe weitergeleitet hat, noch die so genannte libysche Küstenwache, die die Rettungsoperation hätte koordinieren sollen, diese sieben Fälle offiziell und formell abgeschlossen haben.“

Salvinis Sieg gegen die Seenotrettungs-NGOs

Nach der Hafenschließung Italiens für die NGO -Rettungsschiffe im Zentralen Mittelmeer, [gibt nun auch Malta bekannt, die Häfen für NGOs zukünftig nicht mehr zur Verfügung zu stellen](#). Anlass dafür ist der aktuelle Fall der Lifeline, gegen die gerade Untersuchungen wegen angeblicher Missachtung der italienischen Küstenwache laufen. Auch alle anderen NGO-Schiffe sind davon betroffen. In Malta dürfen die Schiffe nun weder anlegen noch auslaufen. Dies blockiert auch das dort liegende Seawatch-Schiff, [das gestern einer Dokumentenprüfung unterzogen wurde](#).

Ein Kommentar von [borderline-europe](#) zur Rettung durch die „libysche Küstenwache“ finden Sie [hier](#).

28. Juni 2018

Die Lifeline [liegt nun nach tagelanger Ungewissheit im Hafen von Valetta](#), der Kapitän Claus-Peter Reisch wurde nach der Ankunft von der Polizei befragt. Dass auch Innenminister Seehofer die Festsetzung des Schiffes fordert und Seenotrettung somit zum Verbrechen erklärt, ist schockierend – Mission Lifeline wendet sich daher in einem [offenen Brief](#) direkt an Seehofer. Das Verhalten der gesamten EU ist zudem auf offene Kritik der UNO gestoßen: „Es ist unabdingbar, dass die EU-Mitgliedsländer das Recht auf Asyl aufrechterhalten. Rettung zu verweigern oder die Verantwortung für Asyl auf andere abzuwälzen ist völlig inakzeptabel“, so Flüchtlingshochkommissar Filippo Grandi. [Währenddessen hat Salvini eine weitere Verstärkung der sogenannten libyschen Küstenwache veranlasst und ihr 12 Patrouillenboote vermacht](#).

27. Juni 2018: zweites Update des Tages

Aus Malta kommt die Nachricht, dass die Lifeline [endlich einen Hafen ansteuern darf](#). Malts Ministerpräsident Joseph Muscat verwies darauf, dass außer seinem Land noch sieben weitere EU-Staaten ihre Bereitschaft zur Aufnahme eines Teils der Geretteten erklärt hätten. Er nannte Italien, Luxemburg, die Niederlande, Portugal, Irland, Belgien und Frankreich. Gleichzeitig kündigte er an, dass Schiff zu beschlagnahmen – eine Forderung, die neben Italien auch Deutschlands Innenminister Horst Seehofer gestellt hatte.

27. Juni 2018

Nichts tut sich. Die bisherigen Meldungen, die Lifeline dürfe in Malta einlaufen bestätigen sich nicht. Am frühen Morgen [erbittet die Lifeline in die Nähe der Küste fahren zu dürfen](#), um sich vor den starken Wellen zu schützen. Immer mehr Menschen werden seekrank, viele bedürfen inzwischen einer medizinischen Versorgung. [Küstenwach-Admiral Giovanni Pettorino äußerte sich gegenüber der Nachrichtenagentur ANSA zur Anweisung Salvinis, nicht auf Seenotrufe zu reagieren](#): „Wir haben immer geantwortet, wir antworten immer und wir werden auf jeden Notruf

antworten. (...) Das tun wir, weil es eine rechtliche, aber auch eine moralische Pflicht ist. Alle Seeleute haben seit jeher diejenigen, die sich auf See in Gefahr befinden, auch ohne Konventionen gerettet und ihnen geholfen. Wir haben nie jemanden allein auf See gelassen.“ Das Einfahrtsverbot des Containerschiffes Alexander Maersk, das vier Tage vor Pozzallo mit mehr als 100 Geretteten warten musste, wurde vom Innen- und Transportministerium nur widerrufen, da die italienische [Küstenwache den Rettungsruf ausgesendet hatte](#). Laut des staatlichen Ombudsmanns für die der Freiheit beraubten Menschen, Mauro Palma, war die italienische Küstenwache somit auch verantwortlich.

26. Juni 2018

Die Situation für die Menschen auf der Lifeline verschlechtert sich zunehmend. In der Nacht musste [der erste Passagier aus medizinischen Gründen nach Malta evakuiert werden](#). Nach nunmehr fünf Tagen ist eine Lösung längst überfällig. Die französische Regierung berichtet, dass es Diskussionen darum gebe, die Lifeline in Malta anlanden zu lassen und die Asylverfahren von französischen Beamten vor Ort durchzuführen. Andererseits scheint Malta nur bereit zu sein, die Lifeline anlanden zu lassen, wenn die Geflüchteten unverzüglich [in andere Länder ausgeflogen werden](#). Derweil haben fünf Parlamentarier, darunter auch [drei Bundestagsabgeordnete](#), die Lifeline besucht, um sich ein Bild von der Situation an Bord zu machen und [die Europäische Union zum Handeln zu bewegen](#).

Während die Lifeline weiter auf eine Lösung wartet, erhielt das dänische Containerschiff mit 113 Geretteten an Bord nach vier Tagen Blockade vor dem Hafen von Pozzallo endlich die Genehmigung zur Anlandung: [mitten in der Nacht lief das Schiff in den Hafen von Pozzallo ein](#). Noch immer völlig unklar ist, weshalb das Innenministerium solange die Einfahrt verwehrt hatte, obwohl die Rettung vom MRCC Rom koordiniert und Pozzallo als sicherer Hafen zugewiesen worden war.

Minister Salvini fliegt indes nach Tripoli, um dort mit seinem libyschen Amtskollegen über „gemeinsame“ Strategien und Hotspots im Süden von Libyen zu beraten: Während Salvini den Besuch als Erfolg inszeniert, [hat Vizepräsident Abdulsalam Ashourâs der Realisierung dieser Hotspots eine klare Absage erteilt](#). Zudem hat die internationale Seeschiffahrts-Organisation [IMO bestätigt, dass es noch immer keine libysche Search and Rescue-Zone gibt](#). Entgegen des Wunsches von Salvini müssen Such- und Rettungsaktionen in internationalen Gewässern vor Libyen demnach also weiterhin vom MRCC in Rom durchgeführt werden. Doch Salvini bleibt unverantwortlich und riskiert auch einen offenen Schlagabtausch innerhalb der eigenen Koalition, indem er einen [unmissverständlichen Appel an den Verkehrsminister Toninelli der 5-Sterne-Bewegung](#) richtet: „Toninelli hätte meine volle Unterstützung, wenn er der Küstenwache befehlen würde, nicht auf Notrufe zu reagieren.“ Wir erinnern: Die Küstenwache **hat die Pflicht**, auf Notrufe zu reagieren – so ist es in internationalen Abkommen, aber auch im Strafgesetzbuch geregelt.

24.-25. Juni 2018

Das nervenzerreißende Warten der Geflüchteten auf der Lifeline und der Alexander Maersk hat kein Ende. Eine am Sonntag in Süditalien gestartete [ad hoc E-Mailaktion](#) von Bürger*innen und Bürgern, die schließlich viele europäische Länder einbezog, hat den E-Mail Account der italienischen Küstenwache am Sonntag lahmgelegt. Kritisiert wird von einer breiten Öffentlichkeit, dass die Küstenwache, die doch bisher auch ihrer Rettungspflicht sehr gut nachgekommen sei, nun anweist, sich an die so genannte libysche Küstenwache zu wenden, obwohl die katastrophale Situation für Geflüchtete in Libyen hinreichend bekannt ist. Währenddessen geraten Hunderte weitere Migrant*innen in Seenot, die ersten 97 werden von der „libyschen Küstenwache“ [nach Tripolis zurückgebracht](#). Im Laufe des Tages folgen weitere „pull-backs“ nach Libyen – [mindestens 820 Menschen auf sieben Booten](#) werden von den Libyern zurückgeholt, nachdem die

Seenotrettungsleitzentrale in Rom die an sie herangetragenene Notrufe an Libyen weitergegeben hat. Während Malta niemanden nehmen will, aber Italien aufgrund der Abgabe an Libyen als „inhuman“ bezeichnet bietet Barcelona erneut einen sicheren Hafen an – doch das ist weit weg. Salvini indes hält an seinen Äußerungen fest, dankt den Libyern „von Herzen, als Minister und als Vater“ [sic!] und wiederholt, sie hätten die „nicht korrekten Einsätze“ der „gierigen“ Seenotrettungs-NGOs zunichte gemacht. Wie tief kann man noch sinken?

23. Juni 2018

Immer noch keine Lösung für die Geretteten auf der Lifeline und auf dem Containerschiff Alexander Maersk. 347 Menschen dürfen aufgrund politischer Verbote nicht an Land gebracht werden. Malta lehnt die Aufnahme ab, Italien fordert, sie nach Libyen zurückzubringen – sehenden Auges sollen also Menschen in libysche Gefängnisse zurückbefördert werden. Die Alexander Maersk liegt [derzeit vor Pozzallo](#) und erhält keine Einfahrtgenehmigung, obwohl sie als Handelsschiff absolut nicht dafür ausgerüstet ist, 113 Gerettete zu versorgen. Erinnern wir uns: Seenotrettung ist eine PFLICHT! Die Organisationen Sea-Eye und Sea Watch werden nun Lebensmittel, Decken und Medikamente zu den Schiffen schicken, da sich Europa aus der Verantwortung zieht. Lesen Sie hier die Pressemeldung von [Mission Lifeline](#).

22. Juni 2018

In der Nacht zum 22. Juni rettete die Lifeline trotz der 226 eigenen Geretteten an Bord gemeinsam mit der [Alexander Maersk](#), einem dänischen Containerschiff, das um Hilfe gebeten hatte, 110 Menschen, die schon seit 30 Stunden auf dem Schlauchboot zusammengepfercht waren. Der italienische Innenminister hat weiterhin nichts Besseres zu tun, als Mission Lifeline (und auch Sea-Eye, die beide unter niederländischer Flagge fahren) als illegal zu bezeichnen. Salvinis Aussage dazu: „[die Lifeline kann höchstens 50 Menschen befördern](#) und hat mehr als 200 an Bord: sie arbeiten in der Illegalität - denn das Schiff ist nicht in den holländischen Registern eingetragen - und in Unsicherheit. Sie sind unverantwortlich.“ Unverantwortlich, Minister Salvini, ist es, Menschen auf See im Namen der Abschottung sterben zu lassen und Gerettete nicht an Land zu bringen!

Fakt ist, und das haben beide Vereine mit der [Veröffentlichung der Auszüge aus ihren Registern](#) belegt, dass sie sehr wohl eingetragen und damit vollkommen legal sind. Dumm, wenn der Innenminister nicht weiß, dass es diverse Arten – je nach Typ des Schiffes – von Schiffsregistern gibt. Laut Informationen der Lifeline geht es den Geretteten und der Besatzung derzeit den Umständen entsprechend gut.

21. Juni 2018

Die Lifeline der Organisation Mission Lifeline rettet mindestens 250 Menschen aus Seenot. Unklar ist noch, was mit den weiteren Migrant*innen passiert ist, da Mission Lifeline von der Rettung von an die 400 Menschen twitterte. Währenddessen sterben laut Bericht der [Tageszeitung Repubblica mindestens 100 Menschen](#), deren Schlauchboot gesunken ist, nur zwei Sudanesen können von libyschen Fischern gerettet werden. Die Libysche Küstenwache meldet ebenfalls zwei Schiffbrüche, 15 Leichen seien geborgen worden. Zudem wird bekannt gegeben, dass auf dem von der Trenton (USA) geretteten Boot laut Zeugenaussagen der Überlebenden 76 Menschen ertrunken sind. [Salvini indes schießt augenblicklich gegen Mission Lifeline](#) und kündigt an, dass sie die Geretteten niemals nach Italien bringen werden.

20. Juni 2018

Nachdem die vom US-Schiff Trenton geretteten Flüchtlinge über die Diciotti nun endlich in Pozzallo angekommen sind, scheinen sich die Befürchtungen zu bestätigen, dass weit mehr als 12 Menschen bei der Überfahrt gestorben sind. [Den Berichten der Überlebenden zufolge sind mehr als 70 Menschen ertrunken, als das Schlauchboot plötzlich platzte – darunter auch eine schwangere Frau und eine junge Mutter mit ihrer Neugeborenen.](#)

Leoluca Orlando, der Bürgermeister von Palermo, begrüßt die Einstellung des Verfahrens gegen Sea-Watch und Proactiva Open Arms und richtet scharfe Worte an Innenminister Salvini: „Heute, an dem Tag, an dem bestätigt wurde, dass es keine Verbindungen zwischen NGOs und Schleppern gibt, und während die Welt den Geflüchteten und jenen, die auf der Flucht vor Kriegen und Elend gestorben sind, gedenkt, erinnert uns die Zahl von 34.361 Opfern der europäischen Grenzen daran, dass wir dem nicht den Rücken zukehren können, dass Menschen wie Salvini – wegen ihrer Rolle innerhalb der Institutionen – Demokratie und Rechtsstaatlichkeit aushebeln können, weil sie, noch bevor sie mit Gesetzen und formalen Handlungen aktiv werden, allein mit ihren Worten und Einstellungen die Willkommenskultur und die Achtung der Menschenrechte vernichten.“

19. Juni 2018

Die Diciotti darf endlich am Hafen von Pozzallo anlegen. Die Anweisung erfolgt jedoch erst am Nachmittag gegen 14.55 Uhr. Der Bürgermeister von Pozzallo kritisiert diese schleppende Kommunikation, da die Vorbereitungsmaßnahmen am Hafen mehr Zeit erfordern und so die Aufnahmebedingungen erschwert werden. [Er fordert ein Treffen mit Salvini.](#) „Es bedarf Synergien und der Zusammenarbeit, um diese Situationen zu meistern. Man muss anerkennen, dass es sich um ein kompliziertes Problem handelt und Italien allein gelassen wurde, aber mit diesen armen Menschen, die seit einer Woche auf einem italienischen Militärschiff unterwegs sind, haben wir international keinen guten Eindruck hinterlassen.“

Derweil hat der Untersuchungsrichter in Palermo die [Ermittlungen gegen die Sea-Watch und Proactiva Open Arms wegen Begünstigung illegaler Migration eingestellt](#) und bestätigt, dass beide NGOs im Einklang mit geltendem internationalen Recht handeln und es keine Verbindungen zu libyschen Schleppern gibt.

18. Juni 2018

Die Diciotti wartet noch immer auf die Zuweisung des Innenministeriums, um einen sicheren Hafen anfahren zu können. Der Grund für die Wartezeit ist unklar, an Bord befinden sich [Verletzte und Traumatisierte, die dringend medizinische und psychologische Hilfe benötigen.](#)

17. Juni 2018

[Die Aquarius ist inzwischen am Hafen von Valencia angekommen.](#)

Salvini kündigt an, die italienische Küstenwache aus der Such- und Rettungszone [zurückzuziehen](#): „Wir werden die Küstenwache bitten, näher an der italienischen Küste zu bleiben, denn im Mittelmeerraum gibt es viele Länder, die intervenieren können: Nordafrika [sic!], Frankreich, Spanien und Portugal. Wir können es uns nicht leisten, halb Afrika nach Italien zu bringen.“ Derweil hat die Diciotti, nachdem sie mit 937 Menschen und zwei Leichen in Catania angekommen und wieder zurück in die Such- und Rettungszone gekehrt war, über 500 Menschen aus vier unterschiedlichen Rettungsoperationen an Bord, darunter auch die vom US-Schiff Trenton 41 Geretteten, und wartet auf die Zuweisung eines sicheren Hafens. [Gleichzeitig gab es eine](#)

Zurücknahme der libyschen Küstenwache. 115 Geflüchtete, darunter 22 Frauen und 2 Kinder, sind wieder zurück nach Libyen gebracht worden. Fünf Menschen sind dabei ertrunken.

16. Juni 2018

Salvini befeuert weiter seine Diffamierungskampagne gegen die NGOs und twittert, dass weder Sea-eye noch Mission Lifeline in Italien anlegen dürfen.

15. Juni 2018

Die NGO Mission Lifeline rettet 118 Geflüchtete aus einem Gummiboot und transferiert sie auf das Frachtschiff Viking Amber.

14. Juni 2018

Diciotti, Orione und Aquarius ändern ihre Route und suchen vor der Küste Sardinien Schutz vor den schlechten Wetterbedingungen. Salvini bekräftigt, dass der Konvoi weiter nach Spanien fährt und bezeichnet das Ganze als „Kreuzfahrt“.

13. Juni 2018

Die 41 Überlebenden auf der Trenton haben immer noch keinen sicheren Hafen zugeteilt bekommen. Die Aquarius kämpft derweil mit vier Meter hohen Wellen, viele Menschen sind seekrank und brauchen Versorgung.

12. Juni 2018

Nachdem auch die spanische Regierung sich bereit erklärt hat, die Menschen auf der Aquarius aufzunehmen, wird der Aquarius endlich ein sicherer Hafen zugeteilt: Valencia. Die Wetteraussichten sind jedoch schlecht, die Aquarius kann diese lange Reise unmöglich alleine bestreiten. Zwei Schiffe der italienischen Küstenwache und der italienischen Marine, Dattilo und Orione, übernehmen einen Teil der Geretteten und helfen bei dieser beschwerlichen Reise. Alle drei Schiffe werden für mehrere Tage in der Such- und Rettungszone fehlen, während weitere Boote aus Libyen starten. Das US-Kriegsschiff Trenton birgt derweil 41 Überlebende, darunter 4 schwangere Frauen, eines Bootsunglücks, bei dem mindestens 12 Menschen sterben, die Leichen können nicht geborgen werden. Die Trenton fragt die Sea-Watch an, ob sie die 41 Überlebenden übernehmen könne. Salvini bekräftigt jedoch, dass auch die Sea-Watch nicht in Italien anlegen darf. Solange aber kein sicherer Hafen in Malta oder Italien zugeteilt wird, kann die Sea-Watch die von der Trenton Geretteten nicht aufnehmen. Ihnen droht sonst das gleiche Schicksal wie der Aquarius – eine unmenschliche und gefährliche Reise zu einem entlegenen Hafen.

11. Juni 2018

Nachdem Malta die Aufnahme der Geflüchteten verweigert, sperrt Salvini den Zugang zu den italienischen Häfen. Unter dem Hashtag #Chiudiamoporti (Lasst uns die Häfen schließen) startet er einen Diffamierungskampagne und verweigert dem NGO-Schiff die Einfahrt in einen italienischen Hafen, gleichzeitig kündigt er an, dass dieses Verbot auch anderen zivilen Rettungsorganisationen wie der Sea-Watch gilt. Der italienischen Küstenwache hingegen wird offenbar problemlos ein sicherer Hafen in Sizilien zugeteilt: Die Diciotti mit 937 Menschen und zwei Leichen an Bord macht sich auf dem Weg nach Sizilien, während die Aquarius weiter ohne Anweisungen verbleibt.

Die Situation der Menschen an Bord verschlechtert sich zunehmend, die Vorräte neigen sich dem Ende zu. [Von der maltesischen Marine erhält die Aquarius Trinkwasser und Nahrung.](#)

In Italien formiert sich derzeit ein breiter Protest gegen die Entscheidung Salvinis. [Die Bürgermeister von Neapel, Palermo, Messina, Reggio Calabria und Taranto erklären sich bereit, die Menschen auf der Aquarius aufzunehmen. In mehreren Städten Italiens finden Kundgebungen unter dem Motto #Apriteiporti \(Öffnet die Häfen!\) statt, allein in Palermo versammeln sich über Tausend Leute am Hafen.](#)

10. Juni 2018

Nach einer intensiven Nacht befinden sich 629 Menschen an Bord des Rettungsschiffs Aquarius der SOS Mediterranée, darunter 123 unbegleitete Minderjährige, 11 Kinder und 7 schwangere Frauen. Es gab insgesamt sechs Rettungsoperationen, die allesamt unter der Koordination der zentralen italienischen Rettungsleitstelle (MRCC) in Rom ausgeführt wurden – dabei hat nicht nur die Aquarius Menschen vor dem Ertrinken gerettet, sondern auch Schiffe der italienischen Marine und Küstenwache sowie Frachtschiffe, die dann die Überlebenden auf die Aquarius transferiert haben.

Italiens Innenminister Salvini droht mit einer Hafensperre, sollte Malta die Geflüchteten nicht aufnehmen wollen. [Die Aquarius erhält die Anweisung vom MRCC Rom, im Standby zwischen Malta und Italien zu verharren.](#)